

Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Atommüll-Endlagersuche

Partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend, lernend.
Wie kann das gelingen?

Ein Interview mit Ralf Hasford zu den Erfahrungen aus der »Fachkonferenz Teilgebiete«

Auf der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll wird der Öffentlichkeitsbeteiligung eine besondere Bedeutung zugemessen. Unser Netzwerker Ralf Hasford ist in diesen Prozess involviert. Er war einer der drei Vertreter für die Gruppe der Bürgerinnen und Bürger in der ehrenamtlichen Arbeitsgruppe Vorbereitung der »Fachkonferenz Teilgebiete« und ist heute Mitglied in der neu geschaffenen Arbeitsgruppe Beteiligung. In einem Interview mit dem Netzwerk Bürgerbeteiligung, berichtet er, welche Herausforderungen eine in Eigenverantwortung organisierte Konferenz im Rahmen der Endlagersuche mit sich bringt. Dabei schildert Hasford auch, was aus seiner Sicht verändert werden sollte.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Interesse oder Betroffenheit? Warum sind Sie in der »Endlagersuche für hochradioaktiven Müll« in Deutschland aktiv geworden?

Ralf Hasford: Als Berliner bin ich persönlich weniger räumlich betroffen. Bei mir ging es eher darum, Verantwortung zu übernehmen. Deutschland rechnet gegenwärtig mit 27.000 m³ hochradioaktivem Müll, die unter die Erde müssen. Weltweit sind dies jedoch nur ca. 5% des gesamten festen strahlenden Abfalls.

Aber warum müssen wir Bürger/innen uns mit dem Atommüll auseinandersetzen? Versagt der zielführende Dialog zwischen Region, Politik, Industrie und Wissenschaft? Wie kann Vertrauen aufgebaut werden und Sicherheit entstehen? Zwar wird der Ausstieg aus der Kernenergie bis Ende 2022 in Deutschland vollzogen, doch das hochgefährliche strahlende Erbe begleitet uns, unsere Kinder, Enkel und viele weitere Generationen für mehr als eine Millionen Jahre.

Ich bin aktiv geworden, weil unsere Zivilgesellschaft nicht mehr an den Themen vorbeikommt. Wir müssen uns damit beschäftigen, wo der Müll hinkommen soll – ohne dabei das Meer zu verseuchen, wie man es in den 50er bis 70er Jahre praktizierte. Soll man ihn in die volllaufenden und durchlöcherten Eisen-, Kohle- und Salzbergwerke einlagern, was aber auf eine schleichende Vergiftung hinausläuft? Selbst ein Einschluss in Salz-, Ton- oder Gesteinsschichten in Tiefen von 1.000 Meter birgt noch Gefahren. Zwar ist dann die Umwandlung in waffenfähiges Material eher ausgeschlossen, doch wieviel Strahlung kommt nach oben? Wird zusätzlich das in den Tiefen vorhandene Wasser den Weg zu uns finden und kontaminiert es dann punktuell oder großflächig die Oberfläche? Was stellen Vulkane, Erdbeben oder künftige Warm- und Kaltzeiten mit dem Erdreich und dem eingelagerten Müll an?

Welche Bürgerin oder welcher Bürger soll darüber Auskunft geben können, wenn das nicht einmal die Wissenschaft bis heute abschließend klären konnte? Ich jedenfalls nicht. Und dennoch: Ich bin mir sicher, dass wir uns dem annehmen und das bestgeeignete Endlager gemeinsam suchen müssen.

Doch es sind weitere Fragen zu klären:

- Wie konnte es überhaupt so weit kommen?
- Wer hat diesen fatalen Fehler verursacht?
- Und warum wurde in den vergangenen Jahrzehnten keine der scheinbar guten Ideen von Recycling oder Umwandlung auch nur im ansatzweise umgesetzt?

Es scheint sicher zu sein: Auch in unserem Jahrzehnt wird keine Technologie wirksam, die die Müllmenge aus der Atomenergie oder die von ihr ausgehende Gefahr, auch nur ansatzweise vermindert.

In den 50er Jahren beginnend kam die Atomkraft in Mode. Neben der militärischen Abschreckung durch Bomben und Raketen hieß es im zivilen Leben »mit Atomkraft den Fortschritt und die Zukunft gestalten«. Erklärte der Physiker Werner Heisenberg 1955 noch: »Was den Atommüll betrifft, so genügt es, ihn in einer Tiefe von drei Metern zu vergraben, um ihn vollkommen unschädlich zu machen.« Welch ein schwerwiegender Irrtum! Doch reichte diese Aussage aus, dass viele Milliarden DM an Fördermittel in den Ausbau der Kernenergie, »Schnelle Brüter« und Atommüll-Aufbereitungsanlagen investiert wurden. Heute ist diese Form der Energiegewinnung zu teuer geworden, als dass sie wirtschaftlich betrieben werden kann. Nun muss eine Lösung für die Hinterlassenschaften der Atomkraftwerke her.

Das sog. »Standortauswahlverfahren« soll den Ort der Endlagerung ermitteln. Geregelt wird es durch das Standortauswahlgesetz oder kurz StandAG: In einem »partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren« soll ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ermittelt werden. Wenn wir diese Adjektive ernst nehmen, dann bedeutet das, Bürgerbeteiligung von Anfang bis Ende. Kein Infrastrukturprojekt hat bisher jemals in einem vergleichbar aufwendigen Rahmen stattgefunden.

Als Mensch und Bürger habe ich nicht nur eine Verantwortung für die Schöpfung, sondern kann so der Gesellschaft etwas von dem zurückgeben, was sie in mich investiert. Meine Arbeit bringt es mit sich, dass ich mit den Themen Beteiligung, Teilhabe und Partizipation vertraut bin. Auch ist mir bewusst, dass ich zu der Generation gehöre, die für den hochradioaktiven Müll Verantwortung übernehmen muss, denn:

- Die Verursacher (1) haben sich »freigekauft« (2) und erhalten Entschädigung für den beschleunigten Ausstieg.
- Unsere Gesellschaft ist gespalten in Atomkraft-Befürworter und -Gegner.
- Der Staat ist durch die Gewalt gegen frühere Anti-AKW-Proteste belastet.

Ob die Politik sich vom Lobbyisten-Einfluss freimachen kann, darf ich ebenfalls nur hoffen und nicht voraussetzen. Was bleibt also, als sich aktiv einzubringen?

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Damit wir es besser einordnen können... Wie ist der Prozess der Endlagersuche insgesamt strukturiert? Und wo ist im Rahmen der Endlagersuche überhaupt Bürgerbeteiligung vorgesehen?

Ralf Hasford: Der Prozess der Endlagersuche ist dreigeteilt. Er begann 2011 mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und soll bis 2031 abgeschlossen sein. Danach beginnt der Bau des Endlagers. Die Suche

unterliegt den Kriterien: ergebnisoffen, transparent, nach gesetzlich festgelegten fachlichen Kriterien und unter Beteiligung der Öffentlichkeit.

Kernenergie wird seit den 50er Jahren von vielen unterschiedlichen Akteuren begleitet. Heute sind es das im Jahr 2014 gegründete Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sowie die mit der Umsetzung vertraute Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH – kurz BGE (eine bundeseigene Gesellschaft – Gründung 2016). Einen anderen wichtigen Part übernimmt das 2016 ins Leben gerufene Nationale Begleitgremium (NBG). Es gewährleistet eine kritische Begleitung und Beteiligung auch von Bürger/innen. Eine sehr [gute grafische Übersicht gibt es dazu auf der Seite des NBG](#) (3).

Die einzelnen Stufen der Standortsuche sind:

1. Ermittlung von Teilgebieten und Standortregionen
2. Übertägige Erkundung
3. Untertägige Erkundung
4. abschließend Entscheidung über den Standort per Gesetz durch den Bundestag

Einzelheiten zum Ablauf finden sich auf der [Infoplattform zur Endlagersuche](#) (4).

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Wo stehen wir heute in diesem Prozess?

Ralf Hasford: Wir gehen auf den Abschluss der ersten Stufe zu. Dazu wurde planmäßig die »Fachkonferenz Teilgebiete« ins Leben gerufen. Dort wird u.a. der Zwischenbericht aus dem Jahr 2020 (5) wissenschaftlich erörtert werden. Aus allen Kritiken, Hinweisen auf Fehler und positiven Anregungen entsteht ein Bericht, den die BGE als Arbeitsempfehlung zur Nachbesserung vorgelegt bekommt.

Mit der Stufe 2 beginnt dann die »Übertägige Erkundung« in ausgewählten Standortregionen. Bei all den Schritten sind laut Gesetz auch wir Bürger/innen zu involvieren. Wenn ich mit dem Wissen von heute eine Prognose abgeben soll, dann wächst mit der Abnahme der in Frage kommenden Fläche auch die Betroffenheit und die Zahl der Bürgerinitiativen (BIs) vor Ort steigt schnell an. Die ersten »neuen« BIs finden sich bereits heute. Im Gegensatz zu ihnen verfügen viele Umweltschützer/innen, Mitglieder des Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der Anti-AKW Bewegung und den BIs rund um die Salzstöcke in Gorleben und Morsleben über viel Wissen zur Nuklearenergie. Hier sind Wissensaustausch und zukunftsgerichtete Diskussionen zu organisieren. Meine Hoffnung ist es, dass es frei von gewalttätigen Protestaktionen und Polizeigewalt bleiben kann und der friedliche, sachliche Diskurs im Fokus stehen wird.

Außerhalb Deutschlands gibt es ebenfalls viel Forschung und Fachwissen, das jedoch ebenso kritisch hinterfragt werden muss. Endlager entstehen unter anderem ebenfalls in der Schweiz, Finnland, Schweden, Russland und den USA. Die meisten Industrienationen haben das gleiche atomare Müllproblem – nicht alle jedoch einen feinfühligem Umgang mit Natur und Bevölkerung.

In Stufe 3 wird die Fläche »untertägig« erkundet und letztendlich auf den bestmöglichen Standort eingeschränkt. Über Zuschüsse, Ausgleichsverpflichtungen und ähnliches wird dabei sicherlich auch verhandelt werden müssen.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Wie wurden Sie Mitglied im Team der »Fachkonferenz Teilgebiete«? Wer ist sonst noch dabei?

Ralf Hasford: Der Zwischenbericht und der Ablauf der Suche wurden auf einer Auftaktveranstaltung im Oktober 2019 vorgestellt, auf der ich aus Interesse teilgenommen habe. Dort wurde zur Vorbereitung der folgenden Fachkonferenzen die »AG Vorbereitung« gewählt. Auch ich stellte mich dem Votum und gelang mit Platz vier in der Gruppe der Bürger/innen zunächst einmal nicht in die Gruppe hinein. Doch rückte ich bereits Mitte November nach, denn die erste stürmische Gruppenphase war nicht für alle zu ertragen. Bei den Vertreter/innen der Bürgerschaft wurde einmal komplett ausgewechselt.

Die »AG Vorbereitung« (AG V) setzt sich aus vier Gruppen zu je drei Vertreter/innen zusammen:

- der Bürger/innen,
- der Gebietskörperschaften (aus den ermittelten Teilgebieten),
- gesellschaftlicher Organisationen sowie
- Wissenschaftler/innen.

Sie wurde/wird am Ende der ersten und zweiten Konferenz erneut gewählt. Gerade aus der Gruppe der Bürger/innen war es auf Grund der hohen zeitlichen Belastung sehr schwer, neue Bewerber/innen zu mobilisieren.

Als ein Mitglied der zwölf Personen umfassenden »Arbeitsgruppe Vorbereitung« (AG V) hatte ich die erste »Fachkonferenz Teilgebiete« mit organisiert. Als erste von insgesamt drei Beratungsterminen fand sie vom 5. bis 7. Februar 2021 in Kassel statt. 1.600 Personen haben sich dafür angemeldet und auf rein digitalen Plattformen trafen sich dann drei Tage lang bis zu 1.000 Personen gleichzeitig.

Auf Grund des enormen Zeitbedarfs bin ich für die Organisation des zweiten Termins nicht mehr zur Wahl angetreten. Eine unvergütete rein ehrenamtliche Arbeit mit min. 10 bis hin zu 20 Stunden je Woche inkl. Wochenende ließ sich nur bedingt mit meiner beruflichen Tätigkeit vereinbaren. Letztendlich habe ich drei Monate aktiv mitgearbeitet.

Dem Thema werde ich aber treu bleiben und engagiere mich in der neu geschaffenen »Arbeitsgruppe Beteiligung«. Sie wurde auf meinen Antrag hin am Ende der ersten Fachkonferenz eingerichtet und arbeitet auch zwischen den Konferenzterminen. Sie wird sich m.E. speziell auf die Suche nach Lösungen für den Dialog zwischen uns Bürger/innen untereinander und mit den weiteren Akteuren des Verfahrens widmen. Auch ist der Dialog für die Zeit nach den Fachkonferenzen vorzubereiten und abzusichern. Denn das gesamte Fachwissen muss für die breite Öffentlichkeit geöffnet werden und auf Dauer erhalten bleiben.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Was macht die »Fachkonferenz Teilgebiete«? Wer unterstützt ihre Arbeit? Wofür ist sie zuständig?

Ralf Hasford: Von der »Fachkonferenz Teilgebiete« wird per Gesetz verlangt, dass sie bis zu drei Konferenztermine »selbst organisieren« und »eine wissenschaftliche Erörterung« unter Einbeziehung von Bürger/innen, Vertreter/innen der Gebietskörperschaften der ermittelten Teilgebiete, Vertreter/innen gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftler/innen ermöglichen muss. Damit standen auch schon jede Menge großer Fragen im Raum, die es zu lösen galt.

Ich interpretiere es so, dass die »Fachkonferenz Teilgebiete« in erster Linie Ort und Zeit der Begegnung und des Austauschs sein soll. Also kein einfaches Unterfangen. Dazu kam, dass wir im Winter 2020 / 2021 ein

Online-Konferenz-Format erarbeiten musste, das in der Pandemie mit Lockdown umsetzbar ist und funktioniert. Unterstützt wurden wir von einer Geschäftsstelle des BASE, die parallel eingerichtet wurde und mit zum Teil ganz neuen Mitarbeiter/innen ihre Arbeit nach und nach aufnahm. Die Zusammenarbeit war zunächst sehr zäh und verbesserte sich erst zum Ende hin.

Dann folgten die Fragen nach Agenda, Technik, Öffentlichkeit, Presse etc. Glücklicherweise habe ich häufiger mit Organisation und Durchführung von Konferenzen zu tun und wusste was ungefähr auf uns zu kam. Doch bisher kannte ich keine Veranstaltung, in die die Beteiligten mit so viel Misstrauen und Sorge vor Zensur, Vereinnahmung und Betrug gegangen sind.

Zunächst musste die AG V sich ein Selbstverständnis erarbeiten. Dann folgte die Erarbeitung der Geschäftsordnung, eines wissenschaftlichen Vortragspanel sowie einer Agenda, die 1.000 Menschen in 18 thematisch-unterschiedlichen Arbeitsgruppen zusammenfinden lassen sollte. Dazu musste die Online-»Begegnungsstätte« konzipiert werden, die den informellen Austausch und die Sicherung aller Daten gewährleistet.

Die Ausschreibungen für die Dienstleistungen waren vom BASE bereits vor dem Wirken der AG V ausgeschrieben worden. Diese deckten sich nur bedingt mit dem, was als wünschenswert erarbeitet wurde. Darüber hinaus waren Konzepte zu Personal, Moderation sowie Datenerfassung und -sicherung zu erarbeiten, abzustimmen und umzusetzen. Die beauftragten Prozessgestalter wurden zu einem verlässlichen Partner. Sie haben die Arbeit strukturell begleitet und dabei geholfen, Lösungen zu finden.

Die inhaltliche Qualität und Bandbreite der Fachkonferenz wurde durch ein »Call for Paper« gesichert, in dem zur fachlichen Beteiligung aufgerufen wurde. Dadurch erhielten wir mehr als 60 Beiträge von Wissenschaftler/innen, Vertreter/innen von Organisationen sowie Vertreter der Kommunen und Kreise sowie Bürger/innen.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit im Team? Wo lagen und liegen die Herausforderungen im Rahmen Ihrer Arbeit? Woher kam das von Ihnen benannte Misstrauen?

Ralf Hasford: Gruppen verfügen über eine eigene Dynamik. Vor allem wenn sie eine Zielerreichung sichern sollen, unterliegt die Auswahl der Mitglieder meist bestimmten Auswahlkriterien. Hier war das nicht der Fall. In der zunächst gewählten AG V kamen sehr unterschiedliche Menschen und Ideen zusammen. Die Wahl auf der Auftaktkonferenz im Oktober 2019 war dazu noch mangelhaft in der Durchführung, was immer wieder zu Kritik führte und der Arbeit negativ anhaftete. Erst kurz vor der ersten Fachkonferenz verbesserte sich die Außendarstellung.

Aus meiner Moderationsarbeit ist mir bekannt, dass Gruppen eine sogenannte Stormingphase durchleben, so auch die AG V. In diesem Prozess gaben insgesamt sechs Personen ihr Amt auf und es rückten entsprechend Personen (inkl. mir) nach. Die wirklich betroffene Gruppe der jungen Menschen war dann nicht mehr beteiligt. Natürlich war das Misstrauen aus den jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Vereinen, Bürgerinitiativen sowie Industrie, Verwaltung und Staat auch in der AG V vorhanden. Eine Grundlage für Akzeptanz der anderen Position und dem Unterordnen der eigenen Ansichten unter das Ziel – die Durchführung einer auf Austausch ausgerichteten Konferenz – zu erreichen, war eine kraftzehrende Aufgabe. Die Arbeit wurde durch verbale Angriffe von Bürgerinitiativen, Bündnissen und Industrievertretern erschwert. Berechtigt? Zum Teil. Der größte Mangel war das Fehlen von Beteiligung der breiten Öffentlichkeit und der transparenten Präsentation der Vorbereitung. Da die Arbeit der AG V auch nicht im Fokus der Medien liegt, wurde aus meiner Sicht viel zu zögerlich berichtet.

Ich hoffe, dass die zweite AG V hier mehr Vertrauen entwickelt und die Öffentlichkeit aktiver einbinden wird. Auch die Bedürfnisse der Jugendlichen sind noch einmal gesondert zu betrachten. Hier wurden die Ergebnisse von im Vorfeld durchgeführten Workshops des BASE leider erst zu spät sichtbar. Von einem optimalen Arbeiten kann also – zumindest in der ersten Phase – in keiner Weise gesprochen werden.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Haben Sie den Eindruck, Sie sind auf einem guten Weg? Was würden Sie gerne verändern, wenn Sie es könnten?

Ralf Hasford: Ja, ein guter Weg. Denn es sind Menschen miteinander in Verbindung gekommen, die sich sehr lange unversöhnlich gegenüberstanden. Sie haben sich zugehört und teilweise miteinander gesprochen. Mehr als »ein erstes aufeinander zugehen« konnte man nicht erwarten. In der Sache haben sich einige technische Fehler und Streit um wissenschaftliche Betrachtungen offenbart. Das ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt – dafür ist eine Erörterung gut. Die im Gesetz geforderte sehr knappe Erörterungsphase haben wir in Frage gestellt, der gesetzlich fixierte nächste Konferenztermin wurde von uns um einige Monate verschoben, so dass das BASE sich nun mit der Gesetzgebung auseinandersetzen muss. Das alles sind positive Ergebnisse für ein »partizipatives, wissenschaftsbasiertes, transparentes, selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren« wie die Standortauswahl.

Für mich sind die dauerhafte Sicherung des Wissens um die chemischen und physikalischen Verfahren und Prozesse sowie den Lagerort und die davon ausgehenden Risiken und Gefahren in der Menschheit eines der zusätzlichen und noch nicht ausreichend berücksichtigten Themen.

Ändern würde ich auch den Blickwinkel weg von der alleinigen Betrachtung Deutschlands hin zu einer Berücksichtigung des atomaren Mülls von ganz Europa. Der bedroht unsere Zukunft genauso. Was passiert mit der Atomenergie überhaupt? Wer übernimmt endlich Verantwortung für mehr als eine augenblickliche Rendite von Shareholdern?

Ich sehe das Verfahren nur als einen Vorreiter an. Es wird für viele kommende Prozesse als Vorlage dienen. Verfahren, die nicht mehr durch Politik und Wirtschaft zu klärende Versäumnisse der letzten Jahrzehnte und der heutigen Zeit aufarbeiten müssen. Denn mit Blick auf Ressourcenverbrauch, Klimawandel und den Problemen des Miteinanders in Gesellschaft und Weltgemeinschaft stehen wir am Ende eines Zeitraums, der allein durch monetäres Wachstum bestimmt wurde. Ob es für Verkehrswende, Energiewende, Klimarettung und Friedenssicherung bereits zu spät ist, will ich nicht mutmaßen. Jedoch ist mir noch einmal deutlich geworden, dass ein gesellschaftliches Umdenken, die Suche nach Werten und einem sinnhaften Miteinander dringend notwendig sind.

Das Interview führte [Marion Stock, Stiftung Mitarbeit / Management Netzwerk Bürgerbeteiligung](#).

Anmerkungen

(1) Wenn man den atomaren Müll analysiert, so sind es fast ausschließlich (> 99 %) Brennstäbe aus den Atomkraftwerken. Zurzeit werden sie in mehreren Zwischenlagern (Kraftwerksgebiete) in CASTORen gelagert (CASTOR = engl. cask for storage and transport of radioactive material, Behälter zur Aufbewahrung und zum Transport radioaktiven Materials). Man rechnet letztendlich mit 1.900 Behältern, die 27.000 Kubikmetern hochradioaktiven Müll beinhalten. Nicht berücksichtigt werden bei dem Verfahren die schon in

Salzstöcken eingelagerten Behälter mit radioaktivem Müll, die aufgrund von Wassereintrich geborgen werden müssen, sowie die anderen 90% des zivilen atomaren Mülls, der mittel- oder schwachradioaktiv ist, sowie die große Menge der kontaminierten Kühlflüssigkeiten.

(2) Bezug auf: Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes (AtG) Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), 6. Juni 2011 (archiviert) <https://web.archive.org/web/20140408213519/http://www.bmub.bund.de/bmub/parlamentarische-vorgaenge/detailansicht/artikel/dreizehntes-gesetz-zur-aenderung-des-atomgesetzes/>

(3) https://www.nationales-begleitgremium.de/DE/Endlagersuche/VerfahrenImUeberblick/verfahrenimueberblick_node.html

(4) https://www.endlagersuche-infoplattform.de/webs/Endlagersuche/DE/Endlagersuche/Der-Suchprozess/der-suchprozess_node.html

(5) Der Zwischenbericht: Die BGE 2017 startet die aktive Suche mit der Abfrage von Geodaten. Bis September 2020 wurde auf Grundlage einer »weißen Landkarte« der Zwischenbericht mit den ausgewiesenen Teilgebieten erstellt. In ihm sind 54% der Fläche Deutschlands als »geeignet« bezeichnet.

Der Interviewpartner

Ralf Hasford, arbeitet selbstständig als Systemischer Moderator. Er ist 55 Jahre alt und lebt in Berlin-Friedenau. Seine berufliche Maxime umschreibt er mit: Klarheit schaffen, Konsequenz im Handeln und Verantwortung übernehmen. Auftraggeber buchen ihn für Strategieentwicklung, Entscheidungsfindung und Konfliktlösung. In seiner Freizeit arbeitet er aktiv in Verband (Offensive Mittelstand, BVMW – Fachgruppe Zukunft und Wissensmanagement) und Verein (Große Landesloge der Freimaurer in Deutschland). Zusätzlich forscht und spricht er über die Thema Zusammenarbeit / Kollaboration sowie Führung in Bezug auf Arbeit 4.0.

Kontakt

Ralf Hasford
Goßlerstraße 22
12161 Berlin
Tel. +49 151 11509766
E-Mail: Info@Hasford.de
Website: <https://hasford.de>

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de